

# Hansestadt Rostock

## Bürgerschaft

### Niederschrift

#### Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses

---

Sitzungstermin: Mittwoch, 22.02.2017  
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr  
Sitzungsende: 19:15 Uhr  
Raum, Ort: Beratungsraum 2.50, Haus II, St.-Georg-Straße 109, 18055 Rostock

---

#### Sitzungsteilnehmer:

##### Anwesende Mitglieder

###### Vorsitz

Margit Glasow DIE LINKE.

###### reguläre Mitglieder

Uwe Michaelis SPD  
Christian Albrecht DIE LINKE.  
Chris Günther CDU  
May-Britt Krüger CDU  
Maximilian Hertrich SPD

###### Stellvertreter

Katharina Schlaack	DIE LINKE.	Vertretung für: Frau Reinders, Jutta; bis TPO 7.2
Hermann Frahm	Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09	Vertretung für: Frau Köpke, Ingrid

###### Verwaltung

Steffen Bockhahn	Senator für Jugend und Soziales, Gesundheit, Schule und Sport
Petra Kröger	Behindertenbeauftragte
Robert Pfeiffer	- Amt für Jugend und Soziales
Dr. med. Markus Schwarz	Gesundheitsamt
Dr. Antje Wrociszewski	Gesundheitsamt/Psychiatriekordinatorin

###### Gäste

Holger Brüggmann	RSAG
Horst Döring	- Seniorenausschuss OBR Warnemünde
Herr Dr. Fischer	- Seniorenausschuss OBR Warnemünde
Yvette Hartmann	RVV
NNN	
Herr Schmidt	

**Abwesende Mitglieder**

**reguläre Mitglieder**

Torsten Sohn	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	entschuldigt
Jutta Reinders	DIE LINKE.	entschuldigt
Ingrid Köpke	Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09	entschuldigt
Martin Karsten	UFR/ FDP	entschuldigt

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.01.2017
- 4 Anträge
- 4.1 Daniel Peters (für die CDU-Fraktion) - Bebauungspläne in Umlandgemeinden  
Vorlage: 2017/AN/2510
- 5 Beschlussvorlagen
- 6 Informationsvorlagen
- 7 Verschiedenes
- 7.1 Informationen zum Verbot des Transportes von E-Scootern in Bus und Bahn
- 7.2 Präsentation der Teilhabechancen von Menschen mit seelischen Behinderungen
- 7.3 Vorstellung der Arbeit des Seniorenbeirates von Warnemünde
- 7.4 Anfragen der Ausschussmitglieder und Informationen der Verwaltungsvertreter
- 7.5 Tagesordnung für die Sitzung am 15.03.2017
- 8 Schließen der Sitzung

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung. Frau Glasow stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Es sind 8 Mitglieder anwesend.

Den Ausschussmitgliedern ist die Tagesordnung am 15.02.2017 per Allris und Mail zugegangen. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte fristgerecht durch Aushang im Rathaus und in den Ortsämtern und im Internet.

Frau Glasow begrüßt die Gäste.

#### **TOP 2 Änderung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

#### **TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.01.2017**

Die Niederschrift vom 18.01.2017 wird mehrheitlich bestätigt.

Herr Dr. Schwarz beantwortet ausführlich die Anfragen von Herrn Michaelis aus der letzten Ausschusssitzung.

1) Die Personalsituation ist seit vielen Monaten besorgniserregend (ärztliche Besetzung im Bereich des amtsärztlichen, sozialpsychiatrischen sowie kinder- und jugendärztlichen Dienstes). Diverse Schuluntersuchungen können nicht mehr termin- und fristgerecht erfolgen. Eine weitere ärztliche Mitarbeiterin (Betriebsärztin) scheidet Mitte des Jahres aus. Aushilfe dahingehend aus dem Klinikum Südstadt kann nicht erfolgen, da dort kein Mitarbeiter die entsprechend notwendige Erlaubnisführung bzw. Qualifikation besitzt. Eine Ausschreibung ist leider durch das Hauptamt bislang noch nicht erfolgt. Ab 01.07.2017 können z.B. die für Feuerwehrleute notwendigen Untersuchungen durch das Gesundheitsamt der Hansestadt Rostock nicht mehr durchgeführt werden.

*Herr Michaelis beantragt, einen Dringlichkeitsantrag für die BS am 01.03.2017 zu formulieren, wenn die Stelle nicht umgehend ausgeschrieben wird. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.*

Seit 01.01.2017 ist eine ärztliche Stelle im amtsärztlichen Dienst besetzt – eine weitere sozialpsychiatrische (ärztliche) Stelle soll ab 01.04.2017 nachbesetzt werden.

Durch die im Vergleich zu anderen im ambulanten und stationären Dienst, aber auch zu anderen in der Verwaltung tätigen Ärzten, außerordentlich schlechte Entlohnung der Amtsärzte sind zukünftig notwendige ärztliche Nachbesetzungen unmöglich.

2) Die Frage zur Auswirkung des ab 01.07.2017 in Kraft tretenden Prostitutionsschutzgesetzes kann nicht beantwortet werden, da noch keine Landesrichtlinie vorliegt. Derzeit gibt es Zuständigkeitsprobleme zwischen Sozial- und Wirtschaftsministerium in M-V.

## TOP 4 Anträge

### TOP 4.1 Daniel Peters (für die CDU-Fraktion) - Bebauungspläne in Umlandgemeinden Vorlage: 2017/AN/2510

Frau Günther bringt den Antrag ein.

Nach Diskussion, dass Gemeinden auch innerhalb der 3 % Regelung Betreutes Wohnen schaffen können und hier kein Präzedenzfall geschaffen werden soll, erfolgt die Abstimmung.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen seiner Beurteilung zur Wohnentwicklung im Stadt-Umland-Entwicklungsrahmen (SUR-ER) des Regionalen Raumentwicklungsprogrammes Mittleres Mecklenburg/Rostock (RREP MM/R) nachfolgenden Bebauungsplänen von Umlandgemeinden seine Zustimmung zu erteilen:

Gemeinde Kritzmow                      B-Plan Nr. 21 „Mehrgenerationenhäuser am Karauschensoll“

Gemeinde Kritzmow                      B-Plan Nr. 22 „Betreutes Wohnen am Karauschensoll“

Gemeinde Ostseebad Nienhagen      B-Plan Nr. 6 „Am Beiksoll“

#### **Abstimmung:**

Dafür:	2
Dagegen:	5
Enthaltungen:	1

#### **Abstimmungsergebnis:**

Angenommen	
Abgelehnt	X

## TOP 5 Beschlussvorlagen

Beschlussvorlagen liegen nicht vor.

## TOP 6 Informationsvorlagen

Informationsvorlagen liegen nicht vor.

## TOP 7 Verschiedenes

### TOP 7.1 Informationen zum Verbot des Transportes von E-Scootern in Bus und Bahn

Frau Hartmann und Herr Brüggmann von der RSAG erläutern das Mitnahmeverbot (Anlage). Es dient der Sicherheit der Fahrgäste und der E-Scooter-Nutzer. Die E-Scooter sind nicht für eine Beförderung in Bussen und Straßenbahnen konzipiert.

*Es wird Rederecht für Herrn Schmidt beantragt und mehrheitlich erteilt.*

Der E-Scooter ist ein von der Krankenkasse zugelassenes Hilfsmittel, der aus Kostengründen von den Krankenkassen einem E-Rollstuhl vorgezogen wird.

Herr Schmidt schlägt als Kompromiss vor, dass wenigstens eine Mitnahme in Straßenbahn möglich sein müsste, da hier keine Kippneigung wie bei Bussen erfolgt.

Es könnte auch eine Freigabe für E-Scooter mit vorgegebenem Gewicht und Länge erfolgen.

Eine Diskriminierung liegt der RSAG fern, betonen Frau Hartmann und Herr Brüggmann. Es werden Empfehlungen aus einem Gutachten umgesetzt. Gegenwärtig sind Bahnen und Busse für die Mitnahme nicht entsprechend ausgerüstet. Es liegt auch ein versicherungsrechtliches Problem vor.

Derzeit werden technische Möglichkeiten geprüft. Ein Entwurf für Empfehlungen, wie Sicherungsmaßnahmen aussehen, liegt vor.

Derzeit rüstet ein Unternehmen einen Kleinbus so um, dass damit ein E-Scooter transportiert werden kann.

Ein zeitnahes Gespräch zwischen Frau Kröger, Herrn Bleis und Frau Hartmann von der RSAG und Frau Glasow wird angeregt.

### **TOP 7.2 Präsentation der Teilhabechancen von Menschen mit seelischen Behinderungen**

Herr Prof. Dr. Speck stellt eine Studie vor, wie Hilfeempfänger der Eingliederungshilfe ihre Teilhabechancen sehen (Anlage).

*Frau Schlaack verlässt die Sitzung, damit sind 7 Mitglieder anwesend.*

Auf Nachfrage wird erklärt, dass der Fragebogen mit Betroffenen abgestimmt wurde. Es wird sich für die Ausführungen von Herrn Prof. Dr. Speck bedankt.

### **TOP 7.3 Vorstellung der Arbeit des Seniorenbeirates von Warnemünde**

Der Seniorenausschuss in Warnemünde (10 Mitglieder) ist Teil des Ortsbeirates Warnemünde, berichten Herr Döring und Herr Dr. Fischer. Aufgabe war bisher u.a. die Vorbereitung und Gestaltung des 1. Seniorentages in Warnemünde, der 2. Seniorentag ist derzeit im Kurhaus in Planung.

Der Ausschuss ist, nachdem finanzielle Mittel von der Robert-Bosch-Stiftung im bisherigen Umfang ausgeblieben sind, auf der Suche nach Finanzgebern für die Gestaltung seiner Arbeit. In Warnemünde ist ein hoher Altersdurchschnitt zu verzeichnen. Im Zusammenhang damit ist ein Probleme, kleinen und bezahlbaren Wohnraum für Senioren zu bekommen.

Die viele Vereinstätigkeit in Warnemünde zu koordinieren, sieht der Seniorenausschuss als seine Aufgabe. Zur Bündelung der Angebote wäre ein SBZ in Warnemünde wünschenswert.

Für die Finanzierung der SBZ ist der Jugendhilfeausschuss zuständig, da die Arbeit in den SBZ über das SGB VIII finanziert wird, erläutert Herr Senator Bockhahn.

Nicht jeder Stadtteil hat ein eigenes SBZ. Für Warnemünder wäre Lichtenhagen oder Groß Klein gut zu erreichen. Realistischer wäre, nach der Umgestaltung/Sanierung der Heinrich-Heine-Schule oder bei Neubau einer Kita dort einen Raum für eine selbstverwaltete Begegnungsstätte zu schaffen.

### **TOP 7.4 Anfragen der Ausschussmitglieder und Informationen der Verwaltungsvertreter**

Herr Pfeiffer berichtet zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und des Pflegestärkungsgesetzes, die auch das Vertragsrecht berührt, u.a. müssen Verträge mit freien Trägern angepasst werden

Es gibt einen Beschluss zur Bildung einer Steuerungsgruppe auf Landesebene.  
Am 15.03.2017 findet im Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung M-V eine Beratung statt, um Festlegung zu treffen, wie rechtliche Folgewirkungen umgesetzt werden können.

Herr Pfeiffer wird regelmäßig über den Umsetzungsstand informieren.

In Rostock wird zur Feststellung von Hilfebedarfen der ITP (Integrierte Teilhabeplanung) modellhaft genutzt, der nun auch landesweit eingeführt werden soll, informiert Herr Pfeiffer.

<b>TOP 7.5 Tagesordnung für die Sitzung am 15.03.2017</b>
---

Derzeit liegen keine Themen vor.

<b>TOP 8 Schließen der Sitzung</b>
------------------------------------

Frau Glasow schließt um 19.15 Uhr die Sitzung.

---

*gez. Margit Glasow*

---

*gez. Barbara Schaar*